

SSW Landesparteitag 2025

Sybilla Nitsch
SSW-Landesvorsitzende
Rede zu TOP 5 –

Landesverband

Norderstraße 76
24939 Flensburg
Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
Mail: info@ssw.de
Internet: www.ssw.de

Thema des Tages / Dagens aktuelle emne

Husum, den 11.10.2025

Entschließungsantrag des Landesvorstandes:

Der SSW fordert Bund und Land auf die finanziellen Rahmenbedingungen der schleswig-holsteinischen Kommunen entscheidend zu verbessern!

Es gilt das gesprochene Wort.

Kære venner, liiwe waane,
die Kommunen sind die Keimzellen der Demokratie. In den Kommunen ist konkret nachprüfbar, wie sich die Grundrechte für die Bürgerinnen und Bürger entfalten und gelebt werden.

Hier, in den Kommunen spüren die Bürgerinnen und Bürger auch als erstes, wenn das Zusammenspiel im Staat nicht mehr funktioniert. **Leider ist die finanzielle Lage der allermeisten schleswig-holsteinischen Kommunen dramatisch.**

Schon in diesem Jahr fehlen den Kommunen fast 1 Milliarde Euro.

Im Jahr 2026 sieht es noch düsterer aus.

Die Verschuldung steigt rasant, in 2024 war ein Anstieg von 12,2 % für die Kernhaushalte zu verzeichnen.

Die Kommunen sind am Limit.

Sie haben zu wenig Geld, für zu viele Aufgaben.

Grund dafür zusätzliche Aufgaben von Land und Bund, ohne zusätzliche Mittel. Und sehr markant sind die steigenden Ausgaben, besonders im Personalbereich, bei gleichzeitig stagnierenden Einnahmen durch die Wirtschaftsflaute.

Es droht also ein Kahlschlag im sozialen und kulturellen Bereich.



Denn laut Experten ist die finanzielle Entwicklung bei den Kommunen besorgniserregend, weil die Verschuldung von Städten, Kreisen und Gemeinden in Schleswig-Holstein rasant ansteigt.

Bereits Ende 2024 wuchs der Verschuldungsstand aller Kommunen in Schleswig-Holstein auf 4,7 Milliarden Euro an.

Dies wird noch dramatischer verstärkt, so die Prognosen, mit der Folge, dass die Kommunen durch die Zinslasten stark finanziell belastet und zunehmend handlungsunfähig werden.

Dabei brauchen die Kommunen gerade in den nächsten 10 Jahren mehr finanzielle Mittel, um die notwendigen Investitionen in die Infrastruktur und Bildung stemmen zu können.

Dies wird trotz Investitionsprogrammen von Bund und Land fast unmöglich gemacht, wenn man die laufenden Kosten nicht finanzieren kann.

In den Kommunen besteht oft lediglich die Möglichkeit die kommunalen Finanzen zu erhöhen durch Gebührenerhöhungen in Bereichen, die dann direkt die Bürgerinnen und Bürger belasten.

Eine Kostenerhöhung für Bürgerinnen und Bürger muss verhindert werden, um die allgemeine Kostensteigerung für die Lebenshaltung nicht weiter zu verschärfen.

Wir als SSW fordern daher, dass Bund und Land jetzt dringend gegensteuern, um die schleswig-holsteinischen Kommunen finanziell zu entlasten:

Wir wollen, dass der Bund nicht weiter Gesetze erlässt, die die Kommunen umsetzen müssen, ohne die notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung zu stellen.

Der SSW fordert, dass auf Bundesebene sofort das Konnexitätsprinzip eingeführt wird.

Man kann zum Beispiel nicht ein Recht auf Ganztagsbetreuung für alle Kinder beschließen, ohne dass man den Kommunen die finanziellen Mittel dazu gibt. Genau das wird aber ab 2026 passieren und viele Kommunen wissen überhaupt nicht, wie sie eine angemessene Ganztagsbetreuung bezahlen soll.

Wir wollen, dass der **Bund den Anteil der Kommunen am Aufkommen der Einkommenssteuer**, der derzeit bei 15 Prozent liegt, erhöht, damit die Einnahmesituation der Kommunen, auch in Schleswig-Holstein, verbessert wird.

Wir wollen auch, dass der **Bund und das Land den Kommunen eine angemessene Kompensation für die Steuerausfälle** durch den „Investitionsbooster“ und der damit einhergehenden Steuererleichterungen für die Wirtschaft, geben. Ja, es ist es richtig die Wirtschaft anzukurbeln, aber dies darf nicht auf den Rücken der Kommunen geschehen.

Wir fordern, dass der Griff der Landesregierung in die Taschen der kommunalen Familie durch die Änderung der Städtebauförderung zurückgenommen wird, und stattdessen die Städtebauförderung im Sinne der Kommunen weiterentwickelt wird.

Der SSW fordert die Landesregierung seinen Haushalt nicht auf Kosten der Kommunen zu sanieren.

Deshalb wollen wir auch, dass die **Kürzungen im Landeshaushalt bei sozialen und kulturellen Förderprogrammen, wie etwa Zuschüsse für die Flüchtlingsarbeit, nicht auf die Kommunen abgewälzt wird.** Zum Beispiel bekommt der Verein Flüchtlingshilfe Flensburg durch die Änderung von Landesprogrammen ab dem nächsten Jahr kein Geld mehr. Die Folge ist, dass Flensburg jetzt plötzlich fast 200.000 Euro mehr bezahlen muss oder die gute Arbeit der Flüchtlingshilfe wird beendet. Das ist nicht in Ordnung.

Wir wollen auch, dass die Kommunalaufsicht des Landes für eine Übergangszeit den Kommunen, die keinen ausgeglichenen Haushalt vorlegen, nicht die dringend notwendigen Investitionen kürzt. Das würde den oft schon vorhandenen Investitionsstau verschärfen.

Diese Praxis macht keinen Sinn, wenn man gleichzeitig von Bund und Land die Kommunen dazu auffordert den Investitionsstau zu beenden und die große Hoffnung in die Sondervermögen setzt. Was die Kommunen wirklich brauchen, sind Planungssicherheiten.

Ein entscheidender Punkt ist für den SSW die fehlende Digitalisierung und die unfassbare große Bürokratie, die Bund und Land zu verantworten haben.

Wir wollen daher, dass Bund und Land die gesetzlichen Voraussetzungen schaffen damit mehr Digitalisierung und Bürokratieabbau die Kosten in den Kommunen senkt.

Denn nur durch diese Maßnahmen können die Personalkostensteigerungen, die die kommunalen Haushalte so belasten wirklich gesenkt werden.

Deutschland ist immer noch 20 Jahre hinterher bei der Digitalisierung. Ein Blick nach Dänemark und Skandinavien reicht, um dies zu sehen.

Kære venner, liiwe waane,

vi er partiet for det danske mindretal og friserne.

Mindretalsarbejdet i de forskellige institutioner bliver også støttet kommunalt, mange tilbud kan kun realiseres, fordi kommunerne støtter. Vi kæmper for ligestilling for vores biblioteksvæsen, vores kulturforeninger, vores heldagsskoletilbud, voksenundervisning osv.

Jeg ved, I, vores garvede kommunalpolitikere oplever et pres på "ligestillingsprincippet" for mindretalstilskuddene.

Flertalspolitikere udvikler gammeldags tendenser mange steder, og mener pga af det økonomiske pres, kan de reducere tilskuddene for mindretallene.

Det er en fare for vores mindretalsarbejde.

Vi skal støtte hinanden og samarbejde for vores kommunale tilskud, fordi presset bliver større.

SSW er urokkeligt, mindretallene og kommunerne har brug for en stærk SSW.

Wenn die Bürgerinnen und Bürger merken, dass die kommunalen Angebote nicht mehr ordentlich funktionieren und deren Service verringert wird oder dass die Schulen und Straßen nicht renoviert und saniert werden oder dass Schwimmbäder geschlossen werden oder das Theater geschlossen werden, dann gerät etwas ins Wanken, dann ist der Kitt in unserer Gesellschaft bedroht.

Unsere Demokratie vor Ort in Gefahr, weil die rechtsextremen Kräfte in unserem Land bei solchen Zuständen politischen Aufwind bekommen.

Die Situation ist ernst, die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen droht zu kippen.

Wir müssen jetzt gegensteuern.

Der Bund und das Land sind in der Verantwortung jetzt zu handeln.

Tak for opmærksomheden. Jeg beder om tilslutning til landsstyrelsens beslutningsforslag.

